

Kleine Anfrage 658

der Abgeordneten Thomas Jung und Andreas Kalbitz
der AfD-Fraktion

an die Landesregierung

Fehlender Lärmschutz am BER

Am neuen BER-Flughafen in Schönefeld kommt das Schallschutzprogramm kaum voran. Für 11.900 Wohnungen wurden Anträge gestellt, 655 wurden bewilligt. Seit einer Woche wird vorübergehend auf der neuen BER-Südbahn geflogen. In den unmittelbar am BER gelegenen Orten Blankenfelde-Mahlow oder Waltersdorf besteht für 14.000 Wohnungen Anspruch auf Schutz, für 11.900 Wohnungen wurden Anträge gestellt. Doch Laut Tagesspiegel vom 14.05.2015 hat „bislang (Stand 31. März) die Flughafengesellschaft erst für 655 Wohnungen Schallschutz abschließend bewilligt – und dafür das Geld ausgezahlt.“ Vor einem Monat waren es mit 565 Fällen kaum weniger. Bisher waren es nur 88 Wohnungen, für die der Flughafen den Anwohnern die Kosten für den Einbau von Schallschutzfenstern, Dämmungen und Lüftern erstattet hat. „Vor einem Monat war das eine einzige Wohnung weniger.“ Gros der Fälle, 567 Bewilligungen, sind ausgezahlte Entschädigungen. Die erhalten Eigentümer für Gebäude, in denen der Schutzstandard technisch nicht erreicht werden kann und die Schallschutzkosten 30 Prozent des Verkehrswertes übersteigen würden und sich der Einbau nicht lohnt.

Wir fragen die Landesregierung:

- 1.) Verzögert sich durch den schleppenden Schallschutz-Einbau die Eröffnung des Flughafens erneut?
- 2.) Wir hier auf Kosten der Anwohner mit Geld gesundheitliche Gefährdung wissenschaftlich in Kauf genommen?